

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Torsten Herbst, Frank Sitta, Oliver Luksic, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/19661 –**

Beklagte Planfeststellungsbeschlüsse bei Bundesverkehrswegen

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Verkehrsinfrastruktur ist das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft. Eine moderne und gut ausgebaute Infrastruktur ist nicht nur die Voraussetzung für funktionierende Wertschöpfungs- und Logistikketten sondern auch Grundlage dafür, die individuellen Mobilitätsbedürfnisse der Bürger zu erfüllen. Als Exportnation in der Mitte Europas ist Deutschland in hohem Maße von einer leistungsfähigen und intakten Infrastruktur aller Verkehrsträger abhängig. Über viele Jahre hinweg ist nach Ansicht der Fragesteller jedoch zu wenig in den Erhalt und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investiert worden. Diese Entwicklung macht sich immer häufiger durch gesperrte Autobahnbrücken, zunehmende Langsamfahrstellen auf den Schienenwegen und marode Schleusen und Wehre an den Wasserstraßen bemerkbar (<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/infrastruktur-ausbau-die-blockierte-republik-woran-oeffentliche-projekte-in-deutschland-scheitern/25078986.html?ticket=ST-4434403-eJpIeSFXvnLITFt3v7NI-ap3>).

Damit diese Entwicklung umgekehrt und die Verkehrswege zügig saniert werden können, müssen nach Auffassung der Fragesteller auch die Planungs- und Genehmigungsverfahren auf den Prüfstand gestellt werden. Denn der notwendige Erhalt und der fristgerechte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hängt heute nicht mehr nur von der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel ab, sondern auch immer mehr von ausreichenden Planungskapazitäten, einem zeitgemäßen Planungsrecht und zügigen Gerichtsverfahren. Insbesondere durch Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse werden Verkehrsinfrastrukturprojekte häufig verzögert (<https://www.nzz.ch/schweiz/deutschland-bremst-am-gotthard-die-schweiz-aus-ld.1542826>). Es sollte nach Auffassung der Fragesteller daher sowohl der Anspruch der deutschen Verkehrspolitik sein, durch die Sicherstellung einer frühzeitigen Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung Klagegründe zu reduzieren, als auch die Klagepraxis von Verbänden regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen und daraus politische Handlungsoptionen abzuleiten.

1. Wie viele Aus- und Neubauprojekte mit einem Volumen von mehr als 75 Mio. Euro wurden in den vergangenen zehn Jahren nach Kenntnis der Bundesregierung im Bereich der Bundesautobahnen realisiert (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019
3	4	11	2	7	9	16	1	6	5

2. Bei wie vielen dieser Aus- und Neubauprojekte im Bereich der Bundesautobahnen wurde der Planfeststellungsbeschluss beklagt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019
1	1	5	3	8	3	5	1	6	3

3. Wie häufig wurden Planfeststellungsbeschlüsse von Aus- und Neubauprojekten mit einem Volumen von mehr als 75 Mio. Euro im Bereich der Bundesautobahnen in den vergangenen zehn Jahren insgesamt beklagt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019
11	5	24	39	47	40	24	7	27	15

Die Länder Bayern und Hamburg haben darauf hingewiesen, dass sie die Anzahl der Einzelklagen aufgelistet haben und nicht die Anzahl der Planfeststellungsbeschlüsse oder Projekte.

4. Wie viele dieser Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse von Aus- und Neubauprojekten mit einem Volumen von mehr als 75 Mio. Euro im Bereich der Bundesautobahnen waren nach Kenntnis der Bundesregierung unbegründet und wurden von den zuständigen Gerichten daher abgewiesen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019
7	5	14	4	12	2	9	0	12	0

Die Länder Bayern, Hamburg und Sachsen-Anhalt haben darauf hingewiesen, dass in den gemeldeten Fällen nicht die Klagen enthalten sind, die durch einen Vergleich oder eine Rücknahme erledigt wurden. Für Rheinland-Pfalz sind die Klagen enthalten, bei denen eine außergerichtliche Einigung erzielt wurde.

5. Wie viele dieser Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse von Aus- und Neubauprojekten mit einem Volumen von mehr als 75 Mio. Euro im Bereich der Bundesautobahnen stammten nach Kenntnis der Bundesregierung von Umweltverbänden?

Eine Abfrage der Auftragsverwaltungen der Länder hat in Summe 20 Klagen von Umweltverbänden ergeben.

6. Wie viele Aus- und Neubauprojekte mit einem Volumen von mehr als 50 Mio. Euro wurden in den vergangenen zehn Jahren nach Kenntnis der Bundesregierung im Bereich der Bundesstraßen realisiert (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019
3	1	4	6	5	3	2	4	0	3

7. Bei wie vielen dieser Aus- und Neubauprojekte im Bereich der Bundesstraßen wurde der Planfeststellungsbeschluss beklagt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019
2	4	2	5	3	2	3	2	0	2

8. Wie häufig wurden Planfeststellungsbeschlüsse von Aus- und Neubauprojekten mit einem Volumen von mehr als 50 Mio. Euro im Bereich der Bundesstraßen in den vergangenen zehn Jahren insgesamt beklagt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019
14	20	16	36	34	42	38	40	0	15

Die Länder Bayern und Hamburg haben darauf hingewiesen, dass sie die Anzahl der Einzelklagen aufgelistet haben und nicht die Anzahl der Planfeststellungsbeschlüsse oder Projekte insgesamt.

9. Wie viele dieser Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse von Aus- und Neubauprojekten mit einem Volumen von mehr als 50 Mio. Euro im Bereich der Bundesstraßen waren nach Kenntnis der Bundesregierung unbegründet und wurden von den zuständigen Gerichten daher abgewiesen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019
13	5	3	3	2	3	3	3	0	14

Die Länder Bayern, Hamburg und Sachsen-Anhalt haben darauf hingewiesen, dass in den gemeldeten Fällen nicht die Klagen enthalten sind, die durch einen Vergleich oder eine Rücknahme erledigt wurden. Für Rheinland-Pfalz sind die Klagen enthalten, bei denen eine außergerichtliche Einigung erzielt wurde.

10. Wie viele dieser Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse von Aus- und Neubauprojekten mit einem Volumen von mehr als 50 Mio. Euro im Bereich der Bundesstraßen stammten nach Kenntnis der Bundesregierung von Umweltverbänden?

Eine Abfrage der Auftragsverwaltungen der Länder hat in Summe elf Klagen von Umweltverbänden ergeben.

11. Wie viele Aus- und Neubauprojekte mit einem Volumen von mehr als 75 Mio. Euro wurden in den vergangenen zehn Jahren nach Kenntnis der Bundesregierung im Bereich der Bundesschienenwege realisiert (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

In den Jahren 2010 bis 2019 wurden 21 Neu- und Ausbauprojekte mit einem Volumen von jeweils > 75 Mio. Euro realisiert. Bei 14 weiteren Neu- und Ausbauprojekten fanden in den letzten zehn Jahren wesentliche Teilinbetriebnahmen statt. Weitere Details und die jahresgenaue Aufteilung können der beigefügten Tabelle entnommen werden (Anlage).

12. Bei wie vielen dieser Aus- und Neubauprojekte im Bereich der Bundesschienenwege wurde der Planfeststellungsbeschluss beklagt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Jahr	Anzahl	Ausbauprojekte
2013	2	ABS Berlin-Dresden
2014	1	VDE 8.1 Nürnberg-Erfurt, PFA 16
2015	1	VDE 8.1 Nürnberg-Erfurt, PFA 23/24
2016	1	ABS Berlin-Dresden
2017	1	ABS 48 München-Lindau-Grenze D/A
2018	1	ABS 48 München-Lindau-Grenze D/A
2019	1	ABS 48 München-Lindau-Grenze D/A
	2	ABS Berlin – Dresden

Jahr	Anzahl	Neubauprojekte
2008	2	NBS Wendlingen-Ulm PFA 2.3
2010	1	NBS Knoten Berlin Flughafenbindung
2015	1	NBS Wendlingen-Ulm PFA 2.5a 1

13. Wie häufig wurden Planfeststellungsbeschlüsse von Aus- und Neubauprojekten mit einem Volumen von mehr als 75 Mio. Euro im Bereich der Bundesschienenwege in den vergangenen zehn Jahren insgesamt beklagt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Jahr	Anzahl	Ausbauprojekte
2013	2	ABS Berlin-Dresden
2014	17	VDE 8.1 Nürnberg-Erfurt, PFA 16
2016	3	VDE 8.1 Nürnberg-Erfurt, PFA 23/24
2015	6	ABS Berlin-Dresden
2016	5	ABS 48 München-Lindau-Grenze D/A
2017	1	ABS Oldenburg-Wilhelmshaven
2018	4	ABS 48 München-Lindau-Grenze D/A
2019	2	ABS 48 München-Lindau-Grenze D/A
	6	ABS Berlin-Dresden
	4	ABS Oldenburg-Wilhelmshaven

Jahr	Anzahl	Neubauprojekte
2008	2	NBS Wendlingen-Ulm PFA 2.3
2015	1	NBS Wendlingen-Ulm PFA 2.3
	1	NBS Wendlingen-Ulm PFA 2.5a1

14. Wie viele dieser Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse von Aus- und Neubauprojekten mit einem Volumen von mehr als 75 Mio. Euro im Bereich der Bundesschienenwege waren nach Kenntnis der Bundesregierung unbegründet und wurden von den zuständigen Gerichten daher abgewiesen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Jahr	Anzahl	Ausbauprojekte
2015	6	ABS Berlin-Dresden
2016	3	VDE 8.1 Nürnberg-Erfurt, PFA 23/24
2018	4	ABS 48 München-Lindau-Grenze D/A
2019	1	ABS 48 München-Lindau-Grenze D/A

Jahr	Anzahl	Neubauprojekte
2008	2	NBS Wendlingen-Ulm PFA 2.3
2015	1	NBS Wendlingen-Ulm PFA2.3

15. Wie viele dieser Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse von Aus- und Neubauprojekten mit einem Volumen von mehr als 75 Mio. Euro im Bereich der Bundesschienenwege stammten nach Kenntnis der Bundesregierung von Umweltverbänden?

Jahr	Anzahl	Ausbauprojekte
2014	1	VDE 8.1 Nürnberg-Erfurt, PFA 16
2015	1	ABS Berlin-Dresden
2019	1	ABS Oldenburg-Wilhelmshaven

Neubauprojekte

Keine.

16. 16. Wie viele Aus- und Neubauprojekte mit einem Volumen von mehr als 75 Mio. Euro wurden in den vergangenen zehn Jahren nach Kenntnis der Bundesregierung im Bereich der Bundeswasserstraßen realisiert (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Sieben Vorhaben (> 75 Mio. Euro) wurden in den vergangenen zehn Jahren fertiggestellt bzw. nahezu fertiggestellt:

- Ersatzschleuse Münster einschl. Vorhäfen [Planfeststellungsbeschluss (PFB) 1998],
- Ausbau DEK-Süd, Querschnittserweiterung Neue Fahrt Olfen (Lose 2c, 3, 4) (PFB 1999),
- Ausbau DEK-Süd, Querschnittserweiterung Strecke Lüdinghausen III (Los 7) (PFB 2005),
- Neubau Schleuse Dörverden (PFB 2007),
- Ausbau Bundeswasserstraße Jade im Bereich von km 7 bis 15 (Jade Weser Port) (PFB 2007),
- Schleuse Minden (PFB 2009),
- Schleuse Trier (PFB 2009).

17. Bei wie vielen dieser Aus- und Neubauprojekte im Bereich der Bundeswasserstraßen wurde der Planfeststellungsbeschluss beklagt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Von den in der Antwort zu Frage 16 aufgeführten Vorhaben wurden vier Planfeststellungsbeschlüsse beklagt:

- 1999 Ausbau DEK-Süd, Querschnittserweiterung Neue Fahrt Olfen (Lose 2c, 3, 4),
- 2005 Ausbau DEK-Süd, Querschnittserweiterung Strecke Lüdinghausen III (Los 7),
- 2007 Ausbau Bundeswasserstraße Jade im Bereich von km 7 bis 15 (Jade Weser Port),
- 2009 Schleuse Minden.

18. Wie häufig wurden Planfeststellungsbeschlüsse von Aus- und Neubauprojekten mit einem Volumen von mehr als 75 Mio. Euro im Bereich der Bundeswasserstraßen in den vergangenen zehn Jahren insgesamt beklagt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Seit Beginn 2010 gab es 24 Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse [PFB] zu Aus- und Neubauvorhaben in der gefragten Größenordnung.

- 2012: 17 Klagen gegen PFB für die Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe sowie zzgl. zwei gesonderte Klagen gegen die zugehörigen Planergänzungsbeschlüsse 2 und 3 (zu dem PFB für die Fahrrinnenanpassung Elbe wurden drei Planergänzungsbeschlüsse [PEB] erlassen, die von den Naturschutzverbänden beklagt wurden. PEB 1 wurde innerhalb des aufgehobenen Gerichtsverfahrens erlassen und die anhängige Klage auf diesen erstreckt. Gegen PEB 2 und 3 wurde gesondert Klage erhoben.
- 2015 und 2017: Planfeststellungsbeschlüsse zum Ausbau der DEK-Nordstrecke (NRW und Niedersachsen), die mit insgesamt fünf Klagen (eine Klage in NRW und vier Klagen in Niedersachsen) beklagt wurden. Die Klagen wurden im Jahr 2017 (NRW) und 2015 (Nds.) erhoben.

19. Wie viele dieser Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse von Aus- und Neubauprojekten mit einem Volumen von mehr als 75 Mio. Euro im Bereich der Bundeswasserstraßen waren nach Kenntnis der Bundesregierung unbegründet und wurden von den zuständigen Gerichten daher abgewiesen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Von den in der Antwort zu Frage 18 genannten Klagen wurden neun als unbegründet abgewiesen:

- 2017: Von den 19 im Elbeverfahren erhobenen Klagen wurden acht als unbegründet abgewiesen.
- 2020: Die Klage gegen den PEB 3 wurde mit Urteil des BVerwG vom 04.06.2020 als unbegründet abgewiesen und der PFB damit in seiner Gesamtheit bestandskräftig.

20. Wie viele dieser Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse von Aus- und Neubauprojekten mit einem Volumen von mehr als 75 Mio. Euro im Bereich der Bundeswasserstraßen stammten nach Kenntnis der Bundesregierung von Umweltverbänden?

Eine Klage (Elbeverfahren), zzgl. zwei weiterer Klagen gegen zwei für dieses Vorhaben erlassene PEB 2 und 3.

